

# Kommunisten

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Arbeiterjugend-Verlagsanstalt GmbH, Halle, Berghellstraße 14. Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Fabrikanten-Liste-Liste  
**Der rote Stern**

Abbestellungspreis: 15 Pf. für den nm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Verkauft: Reichsbank des Sozialistischen Volks; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfachnummer: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berghellstr. 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, 23. Dezember 1931

11. Jahrgang Nr. 242

## Wo die Kommunisten regieren..

Das letzte Jahr des Fünfjahrplans beginnt / Die Fundamente des Sozialismus werden vollendet / Proletarische Diktatur erstarkt / Tagung der Zentralexecutive der USSR

Moskau, 22. Dezember. Heute beginnt in der roten Hauptstadt des Weltproletariats die Tagung des Zentralkomitees der Sowjetunion, der Regierung des einzigen Landes in der Welt, wo nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse herrscht. Die Sowjetunion blickt heute zurück auf eine Reihe grandioser Erfolge...

Während die ganze kapitalistische Welt in der drohenden Umklammerung der Krise einer fortschreitenden Zerrüttung verfällt und Millionen wertvoller Kräfte in geistlicher Beilegung dem Tod überliefert, vollzieht sich in der Sowjetunion ein eminenter wirtschaftlicher Aufschwung in einem Tempo, wie es kapitalistischen Ländern nicht einmal in den Jahren ihrer Zwickeljahre erlebten.

Während in allen kapitalistischen Ländern mit Hilfe des Sozialismus, der sozialen Hauptkräfte der fortschrittlichen Bourgeoisie, die wertvollen Kräfte völlig entzweit werden, hat die Proletarische Diktatur die Demokratie in großartigster Weise ausgebaut. Das Wachstum des sozialistischen Aufbaus und der Erziehung der Massen in den Betrieben und Wirtschaftskörpern, die Teilnahme der Massen an der Aufstellung einzelner und finanzieller Gegenpläne, sind ein Ausdruck der neuen, höchsten Formen der Sowjetdemokratie. In den letzten Jahren des Fünfjahrplans trat eine bedeutende Veränderung in der Arbeit der eigentlichen Volkselemente der proletarischen Diktatur, in der Arbeit der Sowjets ein. Der massenhafte Anschluss der Massen fand seinen Ausdruck in der Arbeit der Sowjets in Städten und Dörfern. Auf Grund der Direktiven der Partei haben die Sowjets die gewaltige Aufgabe der Führung der Volkswirtschaft, der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Massen, erfolgreich in Angriff genommen.

Die Tagung des ZK der Sowjetunion wird eine Reihe der wichtigsten Fragen des sozialistischen Aufbaus behandeln. Die Sowjetunion hat für das Jahr 1932, das letzte Jahr des Fünfjahrplans, ein lebensdiges Kampfprogramm der Massen erarbeitet, das die Sowjetunion darstellen, haben eine allgemeine Erhebung der gesamten Produktion um 36 Prozent vor. Der Fünfjahrplan für die gesamte Sowjetunion, als zweiter Punkt der Tagesordnung steht, soll eine solche Erhebung des Volkseinkommens organisieren, wie es die Durchführung des Jahresplans erfordert. Das einheitliche

Staatsbudget der Sowjetunion für 1932, dritter Tagesordnungspunkt, wird die notwendigen Geldmittel für die Erfüllung der gigantischen Aufgaben des letzten Jahres des Fünfjahrplans sicherstellen. Als vierter Punkt steht auf der Tagesordnung der Bericht der Regierung der Sozialistischen Sowjetrepublik Turkmenistan, der ein glänzendes Beispiel dafür liefert, daß nur unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats die Voraussetzungen für die nationale Befreiung und den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Nationalitäten gegeben sind.

Mit berechtigtem Stolz kann die „Rote Welt“ heute schreiben: Die proletarische Diktatur wächst und erstarkt! Es wächst und erstarkt die Sache des Sozialismus in unserem Lande! Die Tagung des ZK, die unser Programm für das letzte Jahr des Fünfjahrplans festsetzt, ist unbestritten eine der wichtigsten Etappen auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus, auf dem Wege des endgültigen Sieges des Sozialismus.

### 5349000 Erwerbslose!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. Dezember.

Ärztlich wird berichtet: Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen belief sich in der ersten Hälfte des Dezembers auf zirka 290 000, womit eine Gesamtzahl der Arbeitslosen von rund 5 349 000 erreicht ist. Nach dem Abschluß der Arbeitsämter wurden in der Arbeitslosenversicherung am 15. Dezember rund 1 484 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, während die Krisenempfänger etwa 1 466 000 Hauptunterstützungsempfänger ergab. 2 319 000 Erwerbslose sind also auf das Wohlfahrtsamt angewiesen oder erhalten überhaupt keine Unterstüfung!

### Der neue Burgfrieden

Von Karl Liebknecht

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ — Dies Trugwort stand am Anfang des Weltkrieges. Die Vermittlungspolitik der heiligen Einigkeit aller Klassen umhüllte die Hirne der Völker und verlebte auf weite Kreise des Weltproletariats in den verächtlichen Kauf patriotischer Begeisterung, aus dem Kriegszorn und Mordebegehren wucherte. Das proletarische Klassenbewußtsein wird nie von einer Sturmflut hinweggeschwemmt. Proletarischer Klassenkampf gegen den Imperialismus allein hätte die Welt vor dem grauenvollen Gemetzel bewahren können. Die wirkungslossten und trübseligsten Propagandisten der „heiligen Einigkeit“ waren die Durchhalte- und Burgfriedenspolitiker der Sozialdemokratie. Als Querschnitt, als Zeitschnitt, Landes- und Kriegszustand wurde geschaffen und verfolgt, was keine Stimme moornend und anklagend gegen die Szene führte des Proletariats erhob.

Wir kennen keine verschiedenen sozialistischen Parteien mehr — wir kennen nur noch Sozialisten! — so klingt es am Schluß des Weltkrieges. Die Flage eines neuen Burgfriedens ist gehört; fanatischer Haß wird gefüt gegeben, der sich dem neuen Einigkeitstaukel entgegenwirft. Und wieder sind die lauteften Rufe im Streit die Scheibemann und Konforten...

Einigkeit! Wer konnte sie mehr erleben und erstreben als wir. Einigkeit! Die das Proletariat hart mocht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission.

Aber nicht jede „Einigkeit“ macht stark. Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verflucht das Feuer und verdampft das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolfe zum Fraß; Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat; Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage.

Nur gleichgerichtete Kräfte stärken sich durch Vereinigung; einander widergerichtete Kräfte zusammenketten, heißt sie lähmen.

Gleichgerichtete Kräfte verbinden, das ist unter Bemühen; verschiedene gerichtete Kräfte verflochten, das ist die radikalen Stöße der Revolution zu hemmen und abzuwenden, das ist das Bemühen der jetzigen Einigkeitstaukel, wie es das Bemühen der Einigkeitstaukel im Kriege war...

Können wir mit denen einig sein, die nichts anderes sind als sozialistisch verkleidete Plagiatoren der kapitalistischen Ausbeuter?

Können, dürfen wir uns mit ihnen verbinden, ohne uns mitschuldig zu machen an ihren Anschlägen?

Einigkeit mit ihnen wäre Verderben für das Proletariat, wäre Preisgabe des Sozialismus, der Internationale. Ihnen gebüht kein brüderlicher Handschlag, ihnen gebüht nicht Einigkeit, sondern Kampf...

Verhinderung des Einigkeitstauschens, Verhinderung aller Falschheit und Betrug, Enttarnung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist das erste Gebot — heute mehr denn je. Nur aus klugemloser Kritik kann Klarheit erstrahlen; nur aus Klarheit Einigkeit, nur aus Einigkeit in Befahrung, Sieg.

### Milliarden Lohnverluste

Der neue Reichsfinanzminister für die Preisüberwachung, Goerdeler, sprach vorgestern abend im Rundfunk über die Aufgaben der Preislenkung. Dabei erklärte Dr. Goerdeler wörtlich:

„Durch die von der Notverordnung vorgesehenen Maßnahmen vermindert sich am 1. Januar die Kaufkraft in einem noch nie erlebten Maße. Durch die Einkommensminderung werden etwa 35 Milliarden des deutschen Volkseinkommens erlöst. Diese Herabsetzung der Kaufkraft zieht alles in ihren Strudel und, um vernünftige Auswägungen zu verhindern, bedarf es regulierender Kräfte.“

Hier wird zum ersten Male von amtlicher Seite das ungeheure Ausmaß der Abbaufaktion für Löhne und Gehälter gegeben.

Was Herr Dr. Goerdeler anschließend über die Preislenkungssaktion zu sagen hatte, war mehr wie dürftig. Er forderte eine „Preisüberwachung“ als „vaterländische Pflicht“ und eine Verhinderung aller Verhandlungsergebnisse über die Preislenkung. Damit sind die Preise noch lange nicht gesenkt!

## Leuna stößt vor!

Halle, 23. Dezember.

Auf der gestrigen Sitzung des Betriebsrates kam Leuna-Industrie zum Ausdruck, wie stark die Erregung der Leuna-Produzenten über die gegen den „Klassenkampf“ gemachten Verhandlungen bezüglich des beantragten Lohnabbaus in Höhe von 25 Prozent ist. Alle Verhandlungsmuster der Leuna-Produzenten, Christen und Nazis werden nicht ins Auge gefaßt, Erregung zu dämpfen. Deswegen wurde auch der

Vorschlag der roten Betriebsräte für in Belegstellenverhandlungen der Leuna-Arbeiter zu diesem Lohnabba von einem Viertel des jetzt schon schmalen Einkommens der Leuna-Proleten Stellung zu nehmen, in der Betriebsratsitzung angenommen.

Auf der Sitzung wurden auch sofort die Termine für die Belegstellenverhandlungen angelegt. Es gilt jetzt mit Unterstützung aller revolutionären Organisationen und der Leuna-Arbeiter aufzusuchen, sie auf die ange-

legten Belegstellenverhandlungen aufmerksam zu machen und mit ihnen über die Notwendigkeit des Widerstandes gegen den ungeheuerlichen Lohnabbau in der chemischen Industrie zu diskutieren. Alles muß jetzt getan werden, um den letzten Mann der Leuna-Belegschaft aufzurufen. Die Verhandlungen sind folgendermaßen festgelegt:

- Halle: Am Montag, dem 28. Dezember, 20 Uhr, „Deutsches Gesellschaftshaus“.
- Dörfelberg: Am Dienstag, dem 29. Dezember, 20 Uhr, „Kronprinz“.
- Merseburg: Am Mittwoch, dem 30. Dezember, 20 Uhr, „Bürgerhof“.
- Weißenfels: Am Sonnabend, dem 2. Januar, 20 Uhr, „Tivoli“.

### 15 Prozent Lohnabbau in der Chemie Süd-Hannover

Den Chemiearbeitern in Süd-Hannover wird auf Grund der Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsführern und den Unternehmensräten ab 1. Januar der Lohn um 15 Prozent gekürzt. Damit sinken die Löhne in der Spitze auf 65,5 Pfennig und bei den Jungarbeitern auf 9 Pfennig pro Stunde. Der Gewerkschaftsbeamte Scheibardt vom Hauptverband der Fabrikarbeiterverbände erklärte in einer Verammlung der Chemie-Arbeiter, sie müßten sich mit dem Lohnabbau abfinden.

### 5 Prozent weniger Lohn für Kaliproleten

(RTW) Halle, den 23. Dezember. Der Sonderlichter für die Kali-Industrie hat entschieden, daß die Gänge der bisherigen Lohnstapel am 1. Januar 1932 um 15 Prozent gekürzt werden. Die Gänge erhöht sich nicht auf Leistungsprämienzulagen (siehe Sonderzulagen).

he  
pt  
rzig  
n  
Pfund  
und  
anner  
r  
E  
urg u. Um  
Mersebur  
sbedarf  
Neumarkt  
abgesetzt  
werde Mitglied  
eben Pld. 120  
e kauft  
64  
Pld. 54  
Pld. 58  
Pld. 64  
usel  
kam?

und Willen die Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus.

Zu diesem, am 19. November 1918 erschienenen Artikel des großen Führers der deutschen revolutionären Arbeiterkraft sagt die Redaktion nachfolgende Bemerkungen hinzu:

Dem deutschen Proletariat wagt unter den schicksalichen Schlägen der Bourgeoisie Erkenntnis und Wille zur wirklichen roten Einheitsfront aller Ausgebeuteten ohne Unterscheidung der Partei. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter, bei den proletarischen Anhängern der Splittergruppen von Seydewitz bis Brandler ist dieser Wille gleich stark. Ihn benutzen die Bräutigam, Bergheij, Seydewitz und Brandler, um Verwirrung durch falsche Einheitsfrontmanöver in die Arbeiterschaft hineinzutragen. Sie reden vom „Waffenstillstand“, sie lofen von der „Einteilung des Brudertampfes“, sie lofen eine schöne Bräutigam nach der anderen los und spielen sich als die wahren Einheitsfront-Apostel auf. In ihren Zeitungen beschreiben sie die kommunistische Partei als „Störenfried der Einheit und Versöhnung“, alle grundlegenden Gegenstände zu vertuschen.

Mit welcher schneidenden Schärfe hat Karl Liebknecht in jenem Artikel, dessen wichtigste Stellen wir oben wiedergeben, diese falschen Einheitsfront-Apostel heimgeleitet. Allerdings mußte diese Antwort unvollständig sein. Denn als Liebknecht diesen Artikel schrieb, gab es noch keine kommunistische Partei. Deswegen konnte auch die Frage nicht beantwortet werden: Wer soll die Einheitsfront-Fronte voranbringen? Die starke kommunistische Partei vorhanden. Und die ideologische Schlüsselstellung aus dem Artikel Karl Liebknechts kann für die deutsche Arbeiterschaft nur die sein, daß die wahre Einheitsfront nur unter Führung der kommunistischen Partei kämpfen und siegen kann. Wären in den Betrieben alle Klassenkämpfer, gleichgültig, welchem Partei- oder Gewerkschaftsbund in der Tat, auf die Stellungnahme Karl Liebknechts aufmerksam. Sagt ihnen, daß angeschlossen der grauenhaften Offensive des Kapitalismus auf die letzten kümmerlichen Rechte der Arbeiterklasse, auf die Hungerlöhne und -gehälter der Werttätigen die Einheitsfront im Sinne Liebknechts, im Sinne des revolutionären Klassenkampfes und nicht im Sinne eines prinzipiellen Führerblocks von den Arbeiterparteiern geschaffen werden muß. Kämpft mit allen Betrieben gegen die Hungerlöhne, Kampf in allen Betrieben gegen den „Kriegsfrieden“ der Bourgeoisie und ihrer reformierten und sozialfaschistischen Helfershelfer!

### Preußen-Notverordnung erlassen

Die neue preussische Notverordnung ist nunmehr erlassen worden. Lieber die wesentlichen Punkte haben wir bereits berichtet. Durch die Zusammenlegung dreier Minister werden die Ministerämter zu vier, die Ministerien zu drei. Die Minister sind: Minister für die Zukunft der Wirtschaft, Minister für die Finanzen, Minister für die öffentliche Verwaltung, Minister für die Justiz, Minister für die Landwirtschaft, Minister für die öffentlichen Arbeiten, Minister für die Kriegsmarine, Minister für die öffentlichen Arbeiten, Minister für die öffentlichen Arbeiten, Minister für die öffentlichen Arbeiten.

### SA-Kriegslager in Aachen

Braunschweig, 22. Dezember. Wie hier bekannt wird, haben die Nazis in Aachen, einem großen Eisenbahnknotenpunkt, zwei SA-Kampfbatterien eingerichtet, in denen ständig 150 Nazis zur militärischen Ausbildung untergebracht sind. Die Einrichtung der Kampfbatterien wurde durch einen preussischen Minister vorgenommen. Das Uniformgesetz besteht aus folgenden Bestimmungen: Die SA-Mannschaften laufen täglich befehlungsgetreu herum.

In dem SA-Kriegslager werden Sturmführer aus dem ganzen Reich ausgebildet. Ständig finden Feld- und Nachtübungen statt. Die Kampfbatterien befinden sich bei Lager in einer früheren Waffenfabrik. Beim Lager dieser Fabrik sollen auch für 60 000 Mark Waffen an die Nazis verkauft worden sein.

Die Braunschweigische SPD hat sich über die Zustände bei den Kampfbatterien und die Ausbildung der Kampfbatterien in einer früheren Waffenfabrik. Beim Lager dieser Fabrik sollen auch für 60 000 Mark Waffen an die Nazis verkauft worden sein.

### Neues vom „Lieschenbund“

#### Faschisten fordern: „Allpreussische Sparjamie!“

Der Königin-Luise-Bund gibt den Frauen folgenden Rat: „Was wir aber jetzt schon tun können, ist, nach allpreussischer Art uns zunächst selbst zu helfen, indem wir zurückzuführen zu Sparjamie, nicht zur Notverordnung, sondern zur Selbstgewissen.“ (Frauenzeitung, Königin-Luise-Bund, 20. Dez. 1931.)

Offenbar ist den Faschisten der durch die Notverordnung bedingte Lohnabbau noch nicht scharf genug. Mit einem „Lohn“ von 110 Prozent die Woche und einer „Unterstützung“ von 5 Mark pro Woche kann man noch leben. Die werttätigen Frauen werden etwas anderes tun. Sie werden sich zusammenschließen in der roten Einheitsfront.

Die Wahl des kommunikativen Gemeindevorstehers Steinmetz, der für die Gemeinde Holzgerief, Kreis Wittenfeld, gewählt wurde, ist zum zweiten Male nicht bestatigt worden.

## 10% Lohnabbau bei den Eisenbahnern

Eine entsprechende Verfügung bereits herausgegeben

(Eig. Bericht.) Berlin, 22. Dezember.

Die Reichshauptverwaltung hat eine Verfügung herausgegeben, wo angeordnet wird, daß ab 1. Januar 1932 auf Grund der Notverordnung ein 10prozentiger Lohnabbau in Kraft tritt.

Bekanntlich sind nach den Bestimmungen der Notverordnung die Reichsarbeiter, Postarbeiter und Eisenbahnarbeiter unter einen Paragrafen gestellt worden, der ab 1. Januar einen zehnprozentigen Lohnabbau vorsieht. Es werden also keine Verhandlungen über die Höhe des Lohnabbaus geführt oder ein Schlichter eingesetzt, sondern der Lohnabbau wird von vornherein diktiert.

Die Reichsbahn ist aber in der Lage, auch auf Grund der Notverordnung einen geringeren Lohnabbau durchzuführen, wenn sie wollte. Es heißt nämlich in der Notverordnung, daß die Reichsbahn in der Lohnhöhe „eventuell günstigeren Anordnungen treffen kann“. Die Reichsbahn hätte bekanntlich, daß der Lohnabbau in der vollen Höhe von 10 Prozent in Abzug kommt, was durch die letzte Verfügung dokumentiert wird.

Die Eisenbahnern haben damit bis zu 40 Prozent Lohnabbau hinstellen können. Im April und am 1. Dezember wurden zwei

# Wo die SPD an der Macht ist

**Wichtig! Wichtig! Kommunistische Weltversammlung aufgehooben!**  
Am Donnerstag, 17. Dezember, 10 Uhr, Telefontag 42, großer Saal:  
Die weltweite Konferenz aller Kommunisten, Weltkongress der Betriebe- und Straßenarbeiter, Arbeiterrepräsentanten.  
Es spricht A. Schuber über die „Politische Lage - Notverordnung - Äußerer Aufgaben“. Die für die Weltkongress delegierten Delegierten sprechen über die Weltkongress erzielte Ergebnisse aller Genossen!  
S. W. Kollersante. („Hamburger Volkszeitung“ vom Donnerstag.)

Der Parteipräsident von Hamburg ist der Sozialdemokrat Schuber. Wie aus dem Anzeiger unter dem Namen „Hamburger Arbeiterzeitung“ (siehe oben) ersichtlich, handelt es sich um eine selbst durch die Notverordnung nicht erteilte, geschlossene Parteikonferenz. Die SPD-Führer übertrumpfen Ordnung und verhalten die „Geheimversammlung“, die 24 Stunden vorher groß in der Zeitung ange-

ündigt ist. Hierwider, kämpfe gegen den „Lohnabbau“. Und mit denen Einheitsfront? Sozialdemokraten, was sagt ihr dazu?

## Empörung in der Düsseldorf SPD

(Eig. Bericht.) Düsseldorf, 22. Dezember.  
In der sozialdemokratischen Mitgliederversammlung Düsseldorf vom 17. Dezember verurteilte Seifen-Kämmerer die Preissteigerung der Sozialdemokraten und ließ dabei scharfen Widerspruch der SPD-Arbeiter. Wie er erklärte, daß die Aufgabe der Preissteigerung das Cabinet geplant wäre, wurde geäußert: „Ja, ja, ja, es ist doch so!“

In der Diskussion wurde besonders die Schreibeinrichtung sozialdemokratischen Presse angegriffen. Die ihre Aufgabe nicht in der Klärung der Reaktion, sondern in der Vertuschung des Protestes liege.

Der Diskussionsredner A. Koenig erklärte: „Man muß sich über die Politik der SPD klar machen. Die Regierung braucht nur zu zeigen, daß er Braun aus der Preissteigerung entfernt, dann verflucht jeder Protest der Arbeiterschaft. Aber man sollte sich nicht täuschen über die Stimmung der Arbeiterschaft.“

In seinem Schlusswort erging sich Seifen-Kämmerer in ausführlichen Antihörschweifeleien. Nach vor dem Schlusswort liegen zahlreiche Arbeiter die Verammlung.

## Liebknecht-Wörder organisiert die schwedischen Faschisten

Bankier finanziert seinen Waffenschmuggel - Flughartung wieder in Deutschland

„Aus Schweden kommt die Nachricht, daß der deutsche Kapitänleutnant Beck v. Flughartung ausgewiesen wurde. Der Mann ist dem deutschen Proletariat nicht unbekannt, es handelt sich um den Chef der 8. Wästerlän-der-Regiment des Genes-Kavallerie-Schützenbataillon, der an der Ermordung Karl Liebknechts teilnahm und - natürlich - freigesprochen wurde.“

Aus Angst vor den Arbeitern flüchtete er sofort nach Dänemark und im September 1919 nach Stockholm. Dort betätigte er sich, wie ein obtrümpfig gewordener schwedischer Polizeihauptling jetzt enthüllt, als Organisator der schwedischen Faschisten, deren Spezialtrupps eine etwa 2000 Mann zählende geheime Militärorganisation unter Führung des schwedischen Generals Waa und als offiziellen Armeelieutenants, teils mit Hilfe des des Liebknechtmörders Flughartung bemannet wurde.

Flughartung erhielt von dem Stockholmer Bankier Högmann 15 000 Kronen und beschaffte dafür in Deutschland mehrere hundert Maschinen- und Signalpatronen. Auch ungeheure Mengen Patronen wurden in Deutschland eingeschmuggelt.

Der offizielle Stockholmer Polizeibericht, dem wir diese Nachrichten entnehmen, meldet, daß einer der gefährlichsten Führer der Organisation Genau, der inzwischen verlorbene Genau, ist das nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Untergrund des Liebknechtmörders, denn was er nach 1927 trieben hat, entzieht sich der Kenntnis des Entschliffenen.

Jetzt will dieser internationale faschistische Bandit, an dem 5. Februar 1920 proletarische Justiz geübt wurde - hart durch eine gebaute Wohnungsgenossen - die deutschen Arbeiter wieder heimjagen.

## Noch ein Weihnachtsgeschenk Brüning

(Eig. Draht.) Berlin, den 23. Dezember.

Die Brüning-Regierung hat eine neue Notverordnung fertig gestellt. Die einen Tag vor Weihnachten, heute also, veröffentlicht werden soll. In dieser Notverordnung sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Der Sprengstoff Zulassung der Einkommensteuer, die Verdienenden und die Wirtschaftskrisissteuer werden für das ganze nächste Jahr verlängert. Bekanntlich sollte die Verdienendensteuer am 31. Dezember 31 verfallen. Auch die durch Notverordnung festgesetzten

erhöhten Zölle werden für 1932 verlängert. Das gilt insbesondere für den Karz erhöhte Zölle. Das Wahrscheinlichste ist, daß eine größere Summe für die Währungsreform, wird ebenfalls verlängert. Die bisherige vierteljährliche Rentenabgabe wird in monatliche Zahlungen umgewandelt.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen der neuen Notverordnung. Sie bringt wieder eine Erhöhung der Lasten für das ganze nächste Jahr verlängert werden - ein Weihnachtsgeschenk für die werttätigen Massen.

## Rote Einheitsfront wehrt Lohnabbau ab

(Eig. Bericht.) Erfurt, 22. Dezember.

In der Glashütte Großbreitenbach, Thüringen, wurde am Freitag, den 18. Dezember, der Versuch gemacht, einen 10prozentigen Lohnabbau durchzuführen. Die Betriebsleitung verlangte von den Arbeitern auf einer Liste die Zustimmung zu diesem Lohnabbau durch Unterschrift. Die Arbeiter, auch die der SPD, beteiligten sich nicht. Der Kampf gegen jeden Planig Lohnabbau aufzunehmen.

Durch die Einheitsfront gezwungen, gab die Betriebsleitung eine Erklärung ab, daß der Lohnabbau nicht durchzuführen. Eine weitere Betriebsversammlung, die nach dem erfolglosen Versuch der roten Einheitsfront abgehalten wurde, brachte den Beweis, daß die Betriebsleitung reformistischer Fabrikarbeiterverband bereits hinter dem Rücken der Betriebsleitung einen 10prozentigen Lohnabbau zugestimmt hatten. Dadurch ist erneut die Arbeitervereinspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bewiesen.

(Eig. Bericht.) Leipzig, 22. Dezember.

In der Stempelfabrik G. M. Tiede, Leipzig, forderte Unternehmer einen Lohnabbau von 15 Prozent. Die Gewerkschaft empfahl abzuwarten und verhandeln. Die RSD-Kollegen im Betrieb mobilisierten die Betriebsleitung gegen die Forderungen der Gewerkschaftsführer zu der Abwehr des Lohnabbaus.

Dem aktiven und geschlossenen Auftreten der Kollegen gelang es, die Firma zum Rückzug zu zwingen. Die Betriebsleitung gab eine Erklärung ab, daß der Lohnabbau nicht vorgenommen wird und mußte bereits vorgenommene Abzüge nachzahlen.

Ein Konzert des großen Gelegenheitsflüßlers, Genossen Sorm im „Ritterhaus“ in Dresden wurde von der Polizei aufgelöst. Der Hauptorganisator und Großgrundbesitzer Müllers ist im Prädium des Reichslandbundes gewählt worden. Nach 10 Minuten - das paßt gut zusammen.

In Frankfurt wurde verfügt, daß öffentliche Betriebe in Zukunft nicht mehr als 10 Prozent fremdlandischer Arbeiter einstellen dürfen.

## Ein Rekord im Buchhandel

Die erste Auflage des Remmle-Buches

In zwei Tagen ausverkauft

Die erste Auflage des Remmle-Buches „Die Sowjetunion“, die am Donnerstag, dem 17. Dezember, in der Buchhandlung kam, war am Sonnabend, dem 19. Dezember bereits vollkommen vergriffen. Am Sonntag und Montag fanden sich in den Buchhandlungen Tausende von Reflektanten ein, die das Buch forderten, aber nicht erhalten konnten.

Der Massensatz des Remmle-Buches in zwei Tagen beweist das große Bedürfnis, das nach diesem Buch besteht. Der Verlag hat sich daher entschieden, sofort einen Nachdruck durchzuführen. Ab heute abend (22. Dezember) das Buch wieder in allen Buchhandlungen zu haben. Trotzdem dieses Mal die Auflage vorsorglich vergrößert wurde, es ratsam, daß die Interessenten es sich sofort beschaffen. Der Massensatz des Buches wird wieder in wenigen Tagen ausverkauft sein dürfte.

## 2000 Wötker auf das Straßenpflaster

120 Millionen Mark (part die Reichspost durch die neue Notverordnung. Eine Tarifabschließung kommt nach Meinung möglicherweise Stellen nicht in Frage. Man kommt nach die Mitteilung, daß die Post Massenentlassungen der Arbeiter vorhat, so sollen 5. 2000 Telegraphenarbeiter auf das Straßenpflaster fliegen.



# Generalfreie in Spanien

## gegen Lohnraub und Polizeiblitzen

Madrid, 22. Dezember. Der Generalfreie in Katalunien (siehe in der Hefenliste S. 10) geht weiter. Die Arbeit im Gebirge liegt vollkommen still. Da die Bewegung in den Händen der Kommunisten liegt, wurde die Einheitsfront zwischen den Arbeitern der verschiedenen Richtungen vernichtet. Der Streik hat sich auch auf Oledo ausgedehnt.

Der Generalfreieverband von Leon hat einen 48stündigen Generalfreie ausgerufen, um so die Sympathie der Leoner Arbeiter mit den Streikenden der Broving Katalunien zum Ausdruck zu bringen.

Die Arbeiterfront von Guasca (Katalunien) ist in einen Generalfreie gegen eine neue Skizze der Joligkarte getreten. Während einer Demonstration an den Gräbern der Hauptleute Galan und Garcia Hernandez, die am 12. Dezember 1930 wegen eines Aufstandes gegen die Monarchie erschossen wurden, eröffnete die Joligkarte das Feuer und verletzte drei Arbeiter schwer.

Der Joligouverneur von Sevilla hat der Regierung über den Ernst der Lage in der andalusischen Broving Mitteilung erstattet. Die Lage ist nicht so schlimm, wie sie nach der Behauptung der Diktatoren seit alle Landarbeiter ermordet sein werden.

# Gifenhahnerdemonstrationen gegen Lohnraub

Paris, 22. Dezember. In ganz Frankreich fanden Kundgebungen der Gifenhahner gegen den angeordneten Lohnraub sowie gegen die geplante Erhöhung der Gifenhahntarife statt.

In Lille demonstrierten 4000 Gifenhahner durch die Straßen, in Lens 1000, in Dunkirk 8000, in Calais 2000, in Somme 1200, in Valenciennes 1500 und in Roubaix 1000. In allen diesen Städten fanden Straßen demonstrationen statt. An einer Versammlung in Amiens nahmen 1200 Gifenhahner teil, an einer Kundgebung in Terguier 800 und in einer im 18. Bâtiment registrierten Versammlung waren 700 Gifenhahner anwesend. Auf dem Gifenhahnen Paris-Genoa-Weiterrande fanden in allen größten Zentren gutbesuchte Versammlungen statt.

# Französisches Geleß gegen Auslandsarbeiter

Paris, 22. Dezember. Die Kammer hat den Gesetzesentwurf über den Schutz des französischen Arbeitsmarktes vor ausländischen Arbeitskräften angenommen, der bestimmt, daß der Besondere der in Betrieben mit französischer Konkurrenz und auch in Regiebetrieben arbeitenden ausländischen Arbeitskräfte zehn Prozent der gesamten Beschäftigten nicht übersteigen darf. Dieser Artikel richtet sich, wie Louis Marin besonders betonte, auch gegen die „überflüssige Zahl der ausländischen Arbeiter“, die bei Streikern für die nationale Verteidigung vor allem an der Östgrenze Frankreichs beschäftigt werden.

Nach einer sozialdemokratischen Statistik ist die Zahl der unterliegenden Arbeitslosen innerhalb der letzten Wochen von 104.000 auf 116.000 gestiegen, also um 12 Prozent, davon allein in Paris von 64.000 auf 71.000.

# Kurze Auslandsnachrichten

Moskau, 22. Dezember. Der Bruder des „Duce“ und Chefredakteur des italienischen Regierungsblattes „Popolo d'Italia“ ist, während eines Besuchs in Moskau, ermordet worden.

Sowjet forderte noch kürzlich als erste Rate für die vorbestehende Weltanleihe von 450.000 Dollar an. Stimmen erklärte, die Konferenz werde möglicherweise acht Monate dauern (!).

In der albanischen Stadt Skutari kam es wieder zu jubelnden Ausreitungen polnischer Soldaten.

Die Mandschurei ist im Besitz der japanischen Industrie verwestet:

# Sowjet-Ostasien baut den Sozialismus

## 100 Nationalitäten im friedlichen sozialistischen Wettbewerb — Grundloser Ausschweifung

Moskau, 22. Dezember. Der Bericht des Vorkomitees des Exekutivkomitees der fernöstlichen Gebiete, Genosse Gusew, auf der Tagung der zentralen Exekutivkomitees gab ein eingehendes, begeistertes Bild vom wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau dieses fernsten Randgebietes der Sowjetunion.

Während Japan, China und die Mandschurei als imperialistische Gebiete Spielplätze in den Händen der Imperialisten sind, Millionen Menschen in diesen Ländern dem Hunger und der Pest verfallen und die Reichsarmee die Gebiete in ein Zerrissenheitsverhältnis versetzt, baut die Bevölkerung des sozialistischen fernsten Ostens in vollkommener sozialer und nationaler Befreiung ein sozialistisches Leben.

Genosse Gusew führte aus:

In der Vorkonferenzzeit war der fernste Osten eine juristische Kolonie, das Sprungbrett für neue imperialistische Eroberungen Asiens. Es war ein Land der Willkür und Gewalttätigkeit, Justizhausfälle und Verbanngsort. Die proletarische Revolution hat dieses Schandmal entfernt und der fernste Osten wurde zum Land der freien gleichberechtigten Nationalitäten, die in der großen Völkergemeinschaft der Sowjetunion den Sozialismus aufbauen.

Die Naturkräfte des fernöstlichen Gebietes bilden die Grundlage seiner Entwicklung zur Industrie und Exportbasis der Sowjetunion und zum wichtigsten Punkt des internationalen Warenverkehrs. Die richtige Durchführung der leninistischen Nationalitätenpolitik ermöglichte es, die zahlreichen Völker im fernsten Osten, Chinesen, Koreaner, Uzbeken,

Russen, Tungenen u. a., deren Zahl dort etwa 100 erreicht, in die breite Front des sozialistischen Aufbaus einzuschließen.

Der sozialisierte Sektor umfaßt etwa 90 Prozent der Anbaufläche. Im Jahre 1928 wurden 600.000 Hektar, in diesem Jahre 900.000 Hektar angebaut. Im kommenden Jahre veranschlagt sich die Anbaufläche auf 1.200.000 Hektar. Im fernöstlichen Gebiet wurden in den letzten zwei Jahren 100 Sowjetwirtschaften geschaffen, darunter 4 riesige Getreidefabriken, 20 Maschinen- und Traktorenstationen sind im Betrieb. Im Jahre 1932 will das Volkswirtschaftsamt für Landwirtschaft weitere 25 errichten und wir beantragen, dies zu befähigen. Das fernöstliche Gebiet ist mit Maschinen und sonstigen komplizierten Landmaschinen versehen, was in seiner gesamten Geschichte noch nie dagewesen ist.

Es wird auch eine neue Kohlenindustrie geschaffen. Die gegenwärtige Förderung beträgt 1.800.000 Tonnen. 87 neue Industriebetriebe wurden errichtet, noch mehr werden eine Produktion von 2 bis 3 Millionen Rubel liefern.

Unter der Herrschaft des Faschismus gab es im fernöstlichen Gebiet insgesamt 34 Schulen. Nach 1928 waren nicht mehr als 37 Prozent der Bevölkerung des Landes und Schriftbesitzer, jetzt sind es 63 Prozent geworden. Zur Liquidierung des Analphabetentums wird insbesondere unter den nationalen Völkern eine intensive Arbeit geleistet, 95 Prozent aller Kinder besuchen die Schulen.

Im fernsten Osten der Sowjetunion leben 100.000 Koreaner, 40.000 Chinesen, 380.000 Uzbeken. Drei nationale Parteien wurden geschaffen. Nach dem Grundgesetz der nationalen Selbstbestimmung werden 24 Eingeborenen-Vorparlamente geschaffen, 20 nationale Kammern organisiert in denen man sich nur der Muttersprache der Bevölkerung bedient.

# Streiks und Bauernaufstände in Polen

## Massenkämpfe gegen Hinduski Galgenpolitik, gegen Lohnrückfälle und Pfändungen

Warschau, 22. Dezember. In den ländlichen Gebieten Polens wachsen nicht nur Not und Hunger der Landarbeiter und kleinen Bauern, sondern im selben Tempo auch Kampfbild und Kampfbereitschaft gegen die grenzenlos unterdrückten, Landarbeiter streiken unter Führung der illegalen kommunistischen Partei für deren Lohn und politische Freiheiten, Kleinbauern wählten revolutionäre Einheitsräte, die sich für die Rechte und gegen zum aktiven Widerstand gegen die Staatsgewalt über. Das politische Dorf verbandet sich in die Selbstwehr der Kleinrentner.

Auf dem Staatsgut Stomocin in Oberschlesien sind die Landarbeiter in den Streik getreten, weil sie seit April dieses Jahres überhaupt keine Löhne erhalten haben. Nach den Befreiungen haben sich die Arbeiter anderer Staatsgüter dem Streik angeschlossen. In vielen Gegenden Polens sehen Landarbeiter im Streik für Ausschaltung rückständiger Löhne und gegen die Erziehung von revolutionären Bauern als „sozialistische Soldaten“.

Die bürgerliche Zeitung „Węgierski Głos“ berichtet von ersten Bauerntätigkeiten gegen die Polizei im Bezirk Kosów. Die Unruhen wurden durch die Pfändung bei den armen Bauern hervorgerufen, die die Zahlung der Steuern verweigert hatten. Wie man im Dorfe Komzaki einem Bauer seine letzte Kuh pfändete, verarmten sich über 400 Bauern, die die Polizei und die Steuerbeamten verjagten. Die Polizei erhielt Verstärkungen, worauf sie zahlreiche Verhaftungen vornahm, doch wurden die Verhafteten gleich darauf durch die

Bauern befreit, die mit Steinen und Ziegelsteinen gegen die Polizei vorgingen. Unter dem Anzug der Massen gelang es den Polzen den Rückzug anzuhalten.

In der darauffolgenden Nacht wurde das Anwesen des Gemeindevorstandes, der der Polizei bei ihrem Kampfe gegen die Bauern Hilfe geleistet hatte, in Brand gesetzt. Am Tage darauf trat ein großes Polizeiaufgebot im Dorfe ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Die Zeitung „Głos Chłopki“ berichtet, daß die Bauern im Dorfe Kamieński, im Kreis Radomsk, beschließen haben, das Budget der Gemeindevorwaltung um 50 Prozent zu kürzen und den schließlichen Militärgewaltorganisationen keine Subsidien mehr zu gewähren. Als die Steuerbeamten einem armen Bauer in Kamieński seine letzte Kuh nehmen wollten, rotteten sich die Bauern zusammen, wählten ein Aktionskomitee und verjagten die Steuerbeamten und die Polizei. Auch im Dorfe Polabłota, wo es infolge von Pfändungen ebenfalls zu ernstlichen Unruhen kam, haben die Bauern ein Aktionskomitee gewählt, das ihre Aktionen leiten soll.

# Ausdehnung des holländischen Textilstreiks

Amsterdam, 22. Dezember. Der Streik im Textilgebiet von Twente hat eine weitere Ausdehnung erfahren. In Enschede, in den Fabriken der Firma Kammerling, sind die größten holländischen Textilunternehmungen, hat die gesamte etwa 1000 Köpfe umfassende Belegschaft die Arbeit niedergelegt.

A-SCHARRER  
Der große Befrug  
Copyright by Adis-Verlag Berlin-Wien

15 Fortsetzung

„Wenn sie jetzt einig sind und ausfallen, heißen sich die Strohe die Zähne aus. Hoffentlich kommen sie nicht wieder mit ihrem Parteitag dahinter“, meinte Albert.

Erst war mit einigen Genossen fortgegangen, um ihnen beim Druck eines Flugblattes behilflich zu sein. Der Streik wurde zeitlich durchgeführt, aber der Hunger wühlte noch mächtiger in den Eingeweiden. Die Säcker hatten ausserhalb und das Baden eingeleitet. Kartoffeln gab es nicht. Mutter kochte die letzten Kohlköpfe, Suppenwürfel und Brotkrumen zusammen, um die hungerten Magen zu beruhigen.

Am dritten Tage kam Sibbe mit einem Beutel Korn. Es kümmerte ihn.

„Wo hast Du denn das her, Mädel?“

„Von Hans Wiegmann von Barock V. Er hat einen ganzen Sack voll geholt. Vom Güterbahnhof“, sagte Sibbe, erregt flüsternd und fügte dann hinzu: „Ich geh mit, Mutter. Ich kann das nicht mehr aushalten. Du bist ja auch schon ganz gelb vor Hunger.“

„Mädel — ich erwähne Dich — — Verpiss dich mit — wenn sie Dich noch erwähnen, schlagen sie Dich tot wie einen Hund.“

„Sie erwähnen mich schon nicht!“

„Sibbe! — Mädel! — Ich lasse dich nicht! Lieber —“

Sibbe blieb. Sie drehte das Korn durch die Rassemühle und Mutter dachte daran eine Suppe. Erst war nur einmal gerührt bekommen und hungert wieder fortgegangen.

Da kam Berbert mit der Nachricht angehüllt: „Jetzt kommt die Rote Armee. Bei Zwettich sind schon die Quarantänier.“

„Was reißt du wieder, Tump? Siecht wohl Gopelner!“

„Seh doch hin. Siecht angelehrt, doch sich jeder einzutagen soll. Ich hab doch schon welche gesehen mit ihren Gewehren! Da, seh, da gehen sie!“

Arbeiter mit Gewehren lüchelten am Bahndamm fort. Berbert wollte sofort wieder rannehmen, aber Mutter hielt ihn fest. „Du bleibst jetzt hier. Tump! Du bist nichts für Kinder!“

„Was Albert vor dem Parteitag der „Unabhängigen“ vorbrachte, sah er Bekannte. Er blieb stehen. Die Unterhaltung wurde nur im Stillen geführt. Kein Mensch wagte, was gesprochen soll. Sie warteten auf den Bescheid der Parteileitung. Die Kopflinien drängten jenseits der Spree vor. Vom Osten her rollten sie über Rappent in Amstorf ein. Auch von Spandau kamen Nachrichten über Kämpfe. Ein hinnenhaft gewachsener Prolet kam während dem Kampf und sagte: „Die Bonzen haben die Hosen voll bis oben ran! Noch nicht einmal einen Wagen haben sie, um die Schießereien abzuholen, die wir ausgebuddelt haben. Diese Phrasen sind!“

Dann kamen einige Funktionäre aus dem Vereinagimmer und brachten ihn durch die Warten.

„Was ist denn nun los?“

„Wo wollt ihr denn hin?“

„Wie lange sollen wir denn noch warten?“

Der Parteileiter, ein noch junger Mensch mit Brillen, sah unsicher von einem zum andern und sagte dann erlautend:

„Wir gehen jetzt in die Versammlung. Dort werden wir schon hören, was los ist —“

Grimmigem Lachen war die Antwort. Andere lachten zu beschwichtigend: „Seid doch vernünftig. Der weiß ja auch nichts, wartet auch nur auf Befehle von oben.“

Einer sagte: „Wenn ihr so lange steht, bis die Bonzen zum Kampf aufrufen, merdet ihr alter als Methusalem!“

Der junge Parteileiter war selbstbildig. „Freiheit!“ sagte er. „Das große Maul haben, ist keine Kunst. Aber die Verantwortung!“ Er machte ein lächerlich wichtiges Gesicht, das mit der Verantwortung, die er zu tragen vorgab, in seltsamen Widerspruch stand.

★

Albert befand sich unter einem Tump, der sich gemächlich in das schon volle Versammlungsfeld schob. Ein Flugblatt war bereits von Hand zu Hand. „Wo steht die Aktion der Unabhängigen?“ Eine parteilose: „Die Säcker langen schon wieder an zu hinfieren. Siecht können sie nichts, alle müssen sie immer auf der USP herumreiten. Die Scheinheiligkeit!“

„Ein anderer antwortete: „Red nicht solchen Quatsch! Die USP, kam allein auch nichts. Es wird verdammt Zeit, daß wir Farbe bekennen. Die Kommunisten haben ganz recht!“

Das Klängeleihen unterbricht die erregte Diskussion.

Der Sekretar entwickelte den Schicksalplan der USP.

„Keine Disziplinlosigkeit. Keine Faulheit. Die USP wird sich ihre Zeit nicht vom Gegner vornehmen lassen. Wussten im Generalfreie, aber in die Betriebe gehen und dort überall revolutionäre Betriebsräte wählen. Die proletarische Einheitsfront bilden und alle Streikfriede und Kämpfe rührungslos zur Seite schieben. Dann wird die Reaktion zusammenbrechen. Dann ist das Proletariat unüberwindlich.“

Das war eine ungeheure Enttäuschung.

Der Sturm legte sich erst, als der Vorkommende vorlieferte: „Das Wort hat Schyram!“

Ein junger, schlanker Arbeiter begann ruhig, schelmisch ohne jede Hebung, zu sprechen.

„Genossen, der Redner hat mit seinem Wort versetzt, was die USP eigentlich zu tun gedenkt.“

„Seht richtig!“

„Ihr müßt ja alles befehl!“

„Ruhe!“

Der Redner findet Kontakt, gerührt unter Verkauf die USP, Barolen und schließt: „Jetzt darf das Proletariat nicht „Gemeißel bei Fuß“ stehen. Jetzt heißt es, die Entscheidung, entweder für die Regierung, die mit Hilfe dieser Gerben das Proletariat mehrschlägt, oder für die revolutionäre Aktion des Proletariats, für den bemanneten Widerstand.“

Thorn, die „Ranne“ der USP, sah mit grimmigem Gesicht am Tisch. Als der Redner grendel hatte, war er mit einem Seil vor dem Rednerputz.

„Der Genosse Thorn hat das Wort!“

„Der ist noch lange nicht dran!“ — „Schlebung!“

„Das Wort hat der Genosse Thorn die Versammlungssetzung proletarisch gegen solche Unterstellungen.“

Thorn sah hinter und prozessierend in die protestierenden Massen. Wie Rufe laut wurden: „Hast du doch erst reden!“

„Schädel er. Als der Sturm sich gelegt hatte, sagte er los: „Die USP ist sich der Verantwortung, die sie auf sich nimmt, bewußt.“ Die USP lehnt es ab, die „Arbeiterfront“ in — — — auszuschließen — Wutbad — zu — hegen!“

(Fortsetzung folgt.)

# Rund um den Erdball

## Die furchtbare Brand- und Einsturzkatastrophe im Stuttgarter Schloß Zahlreiche Feuerwehrleute in die Tiefe gerissen

Bisher zwei Todesopfer und 45 Verletzte — Rettungsversuche auf Tod und Leben — Das ganze Schloß ein Opfer der Flammen

Der furchtbare Riesenbrand im Alten Stuttgarter Schloß, der am Montagmorgen bereits restlos bekämpft schien und sich erst viele Stunden später aus bisher noch nicht bekannten Ursachen zu einer Katastrophe auswuchs, wie sie Stuttgart noch nie erlebte, ist am Dienstagmorgen aufs Neue entzündet. Das Alte Schloß, das als eine der größten historischen Lebenswürdigkeiten Süddeutschlands gilt, muß als verloren betrachtet werden. Doch das Wichtigste und traurigste bei dieser Katastrophe ist für uns, daß dieser Brand bisher zwei Feuerwehrleute das Leben gekostet hat, Rund 45 weitere Feuerwehrmänner sind mehr oder weniger schwerverletzt. Ueber die Ursachen der Brandkatastrophe kursieren in Stuttgart die wildesten Gerüchte.

Stuttgart, 22. Dezember. Der bereits gelöste Brand, der bis gestern nacht 45 mehr oder weniger schwer Verletzte gefordert hat, ist im Nachschloß südlicher der Schloßkirche und dem Südhofraum plötzlich neu ausgebrochen. Während der Löscharbeiten, in deren Verlauf drei große Feuerwehrleiter aufgerichtet wurden, brach mit donnerähnlichem Krachen die Mauer ein, deren Trümmer mehrere Feuerwehrleute in die Tiefe rissen. Dabei erlitten einige Verletzte so schwere Verletzungen, daß sie in lebenslichem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Zwei der verunglücktesten Verletzte sind ihren Verletzungen erlegen.



Ein riesiges Flammenmeer ...

Die Feuerwehr ist jetzt noch damit beschäftigt, den unglücklichen, auf dem etwa dreieckigen Zentner Steine lasten und mit dessen Tod infolge dessen sicher gerechnet werden muß, freizulegen. Ein zweiter Feuerwehrmann wurde ebenfalls getötet, 11 Mann wurden schwer verletzt.

### Wilde Gerüchte

In der Stuttgarter Bevölkerung kursieren über die Brandurache die wildesten und sich widersprechendsten Gerüchte. Immer wieder wird die Frage laut, ob sich in dem Schloß nicht

ein schistisches Waffenlager befunden habe? Kein Mensch selbst die Brandursachen erklären können es sich bis zur Stunde nicht erklären, warum es zu den vielen kleinen Explosionen kam, die sich zeitweise wie ein MG-Gelächter anhörten.

Das abgebrannte Schloß stammt mit seinem ältesten Hauptbau aus dem 12. Jahrhundert. Im 14. Jahrhundert wurde es von einem Graf Eberhard erweitert und später von 1478 bis 1570 ausgebaut. Die drei großen runden Türme, die als Strebepfeiler erbaut wurden, stammten aus den Jahren 1572, 1578 und 1687. Der Erbauer des Schlosses in seinem späteren Teile war der Stuttgarter Baumeister Albert Treßler.

### „Kagenjammer“ 1931

Fleischbeschaugebühr sogar für geschlachtete Kagen

Leipzig, 22. Dezember. In Großhirsberg in Sachsen hatte ein Wohlfahrtsvereinsmitglied in seiner Not eine Kage geschlachtet. Wütend erschien in seiner Wohnung ein Polizeibeamter. Er beschlagnahmte die Kage mit dem Vermerk, sie müsse erst vom Fleischbeschauer untersucht werden. Die Rechnung für die Fleischbeschau betrug 60 Pfennig.

Es ist unerhört, daß man von den Herrichten der Armen, also den Erwerbslosen, in ihrer Not auch noch für Kagenfleisch 60 Pf. Fleischbeschaugebühren erhebt. Da kann man wirklich nichts anderes sagen als: „Kagenjammer“ 1931...

### Königliche Hoheit will wohl tun

Bettel im Auftrag der Wittelsbacherin

Der bekante günstige Wind weht uns einen Brief folgenden Inhalts auf den Tisch:

Frau Fina Kaffenetter  
Baarvariating 12  
Herrn

Hamburg.

Sehr geehrter Herr Fabrikant!  
Namens Ihrer Kgl. Hoheit, Prinzessin Ludivig Ferdinanda von Bayern und in meinem Namen erlaube ich mir, Sie um eine gültige Kinderbrot, gleich welcher Art, höflich zu bitten.

Darf ich Sie bitten, mir mit Rücksicht auf die Zeit mein Schreiben nicht zu verweigern.

Genehmigen Herr Fabrikant den Ausdruck meiner ausgesprochenen

Hochachtung  
Frau Kaffenetter

Also Ihre Kgl. Hoheit läßt sich für sich betteln gehen, außerdem verleiht sich. Man muß doch was tun für die armen Leute, denkt Ihre Hoheit, sonst wählen die Leute nicht national. Kgl. Hoheit möchte aus dem eigenen, dicken Geldbeutel nichts für die Kinder nationaler Proleten, die bei der Wittelsbacherischen Stange gehalten werden sollen, heraus tun. Und so geht Kgl. Hoheit betteln, aber Bettelle nicht persönlich! Es gibt ja genug diamantentragende Bürgerfrauen, die Ihrer Kgl. Hoheit das etwas anständige Geschäft abnehmen.

Der kapitalistische Staat duldet diesen Bettel, ja er unterstützt ihn auch noch. Aber arme Proletarier, die vom Hunger doch getrieben werden, bei reichen Leuten um ein Stück Brot zu bitten, bekommen Bettelstrafen und werden in Zwangsarbeitshäuser verhaftet.

Wer weiß überhaupt, ob die erbetenen Gelder von Kgl. Hoheit tatsächlich als Kinderbrot Verwendung finden?

Diese entsetzliche Einsturz-Katastrophe ereignete sich gegen 11 1/2 Uhr. Ohne jedes Anzeichen stürzte plötzlich der Dachstuhl und das dritte Stockwerk des Verbindungsganges zwischen dem nördlichen Hauptturm und der nördlichen Front unter lauten Krachen in sich zusammen. Dabei wurden mehrere Feuerwehrleute, die sich an der Außenkante dieses Verbindungsganges befanden hatten, mit in die Tiefe gerissen.

### Schwierige Rettung der Kameraden

Zur Zeit arbeiten die Feuerwehrleute fieberhaft an der Befreiung ihrer verschütteten Kameraden, von denen sie noch und noch drei in schwerer verletztem Zustande bergen konnten. Erst nach einiger Zeit wurde das Fehlen eines weiteren Mannes festgestellt, und die Nachforschungen ergaben, daß er sich etwa einen Meter unter den schweren Gesteinsmassen befindet.

Das sagt ein deutscher bürgerlicher Richter:

## „Bei uns ist noch niemand verhungert“

Arbeiterfrau auf Grund des Schandparagraphen 218 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

Mannheim, 22. Dezember. (Rote-Hilfe-Bericht.) Vor dem Schwurgericht in Mannheim wurde ein Arbeiterprozess gegen eine Arbeiterfrau aus Hemsbach in Baden verhandelt. Sie ist angeklagt, in acht Fällen Abtreibungen vorgenommen zu haben. Obgleich die Angeklagte stets ihren unglücklichen Arbeitsvorgesetzten aus Heberzeugung geholfen hat, glaubte der Herr Staatsanwalt, eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren beantragen zu müssen.

Provozierend muß die Begründung des Urteils wirken. Der Staatsanwalt führte aus: „Eine Million Abtreibungen kommen jährlich in Deutschland vor. Da muß hart bestraft werden, sonst sind wir ein aussterbendes Volk.“ Und angeklagt der verhärteten Frau auf der Anklagebank, angesichts der fünf Millionen Erwerbslosen, verteidigt er sich zu der weltfremden Erklärung: „Bei uns in Deutschland ist bis jetzt noch niemand verhungert.“

Das Urteil lautete auf ein Jahr und eine Woche Gefängnis! Zwei Monate Unterdrückungshaft werden gnädig angeordnet. Der Haftersuchungsantrag wird jedoch zurück abgelehnt.

Dieses Urteil muß den härtesten Protest der gesamten werktätigen Bevölkerung Deutschlands hervorrufen. Mit der roten Hilfe gilt es Kollamnetze zu erkämpfen für alle proletarisch politischen Gefangenen und alle Opfer der Rot, des Majestats und des Paragraphen 218.

### Mit Bomben, Giftgas und MG. . .

... gegen meuternde Strafgefangene

London, 22. Dezember. Bomben, Giftgas und Maschinengewehre sowie Polizei- und Truppenabteilungen wurden, wie aus Buenos Aires gemeldet wird, bei einem Kampf zwischen meuternden Sträflingen in dem Gefängnis Villa Devoto in Buenos Aires verwendet. 32 darunter acaminate Sträflinge verstarben, aus dem

Inhauens auszubringen. Zunächst entspann sich ein heftiger Kampf. Die Sträflinge zerlegten die Fenster und besetzten die Wände mit Möbelschutt. Einigen der Gefangenen gelang es, auf das Dach des Gefängnisses zu klettern. Große Truppen- und Polizeieinheiten wurden aufgeboten, um die Sträflinge zu überwältigen. Gasbomben wurden über die Mauern geworfen und die Sträflinge blutig. Schließlich gelang es, die Gefangenen zu überwältigen und sie wieder in ihre Zellen zurückzubringen.

### Drei Brüder ertrunken

Beim Eislauf auf dem Dorfteich

Schwern, 22. Dezember. In Hohenkirchen spielten die drei Söhne des Dorfweibers Neuter auf dem Eis des Dorfteiches. Dabei brachen sie ein und konnten nicht mehr gerettet werden. Alle drei ertranken in dem eiligen Wasser. Die Leichen konnten geborgen werden.

### Fliegende Särge. . .

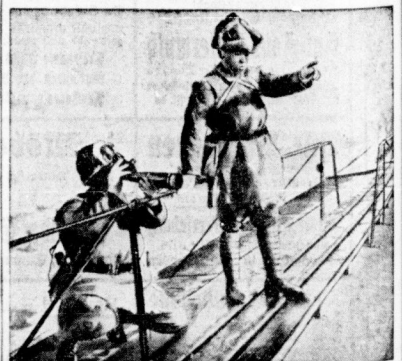
In der Nähe von Cherbourg mußte ein französisches Militärflugzeug wegen Motorstörung auf das Meer niederkommen. Der Apparat versank in den Wellen, die beiden Insassen ertranken.

### Schienen-Autobus auf Gummirädern

Die französische Eisenbahnverwaltung hat veranschaulicht auf der Strecke Paris-Dünkirchen einen auf Gummirädern laufenden Schienenomnibus in Dienst gestellt.

### „Die Kommune“

2. Dezembernummer ist erschienen. Aus dem Inhalt: Die Rotberühmtheit in den Gemeinden, gegen die Wahlhelferunterstützung durch Rotberühmte. Die Hochanwaltschaft in der bieren Rotberühmtheit. Die Rotberühmtheit am Rotberühmte. Kommune streicher Rotberühmte u. a. m. Die Nr. 21 der „Kommune“ ist die letzte des Jahres 1931. Preis des Rotberühmte 1. — Wert der Rotberühmte zusätzlich 12 Pf. Rotberühmte. Die Rotberühmte ist ein Rotberühmte. Die Kommune u. a. m.



Vom mandchurischen Kriegsschauplatz

Ein japanischer Truppentransport. Auf den Dächern der Wagen sind ständig Maschinen aufgestellt, die das Gelände nach feindlichen Truppen abhören.

Berantwortlich: Alfred Gendrich, Berlin.



# Arbeiter der G.D.

## Merleburger Gemeindearbeiter im Kampf gegen die Negerkücher

Die Arbeiter der städtischen Betriebe in Merleburg sind in einer Verleghilfsvereinbarung zur Rotterordnung und zum bevorstehenden Lohnabzug in Stellung. Ein Antrag des Vertreters der RGD und ein Vertreter der kommunalen Stadtdirektion sprachen sollte, wurde von der städtischen Verleghilfsleitung nicht zur Abstimmung zugelassen. In der Verleghilfsvereinbarung sprach der RGD aus Betrieben. Den reformistischen Arbeitermitgliedern war mehr als unangenehm. Sie verordneten ihre Politik nicht rechtlich. Nur einer machte eine rühmliche Ausnahme. Der Rat offen ein mit dem Rat der Gewerkschaften. Der Rat war der technische Meister Rütermann. Er setzte, das die "Sache der Gewerkschaften" sei, über Lohnfragen entscheiden!

Den schärfsten Widerspruch lösten seine Ausführungen aus. Die Verleghilfsleitung hat zu entscheiden, niemand anderes! Das war der Standpunkt, den die Kollegen durch Jarmoloff zum Ausdruck brachten. Schiffsleute wurde auch protestiert gegen die höhnischen Aussetzungen, die der Verleghilfsleitung, Stadtrat Gese, in der letzten Rotterordnungsvereinbarung machte, um wegen "das beste Einsetzen" herrscht in den städtischen Betrieben, und "unserer Arbeit" mit ihrer Lage zufrieden zu sein. Die Verleghilfsleitung sollte die Forderung auf: Die gesamte Negerküche übernimmt der Magistrat. Den städtischen Arbeitern und Angestellten wird kein Pfennig davon abgezogen.

Der Arbeiterrat wurde beauftragt, die Forderungen dem Magistrat zu unterbreiten und den Kameralisten der Verleghilfsleitung. Dieser Schritt war nicht weitgehend genug, weil die Kollegen Abstand nahmen, auf Vorstellungen der reformistischen Vertreter hin, einen direkten Einheitsausflug zu wählen. In den Betrieben muß das sofort nachgeholt werden!

## grenzenlose Proftgier der Giftkönige

Wegen der Einfuhr von ausländischen Stoffen wurden bezüglich in einzelnen Ländern hohe Zollsummen erhebt. Zur Bekämpfung dieses Wirtes hat sich der Abgeordnete der in der Brüning-Regierung, Dr. Schmidt, der Wirtschaftsprüfer, eingeleitet zur Ausweitung der sogenannten "Zölle" an den Importatoren über das ganze Reich. Über die internationale Konferenz legt der Geschäftsbericht 1930 dar:

Der Konjunkturkampf war mehr nach als vor lebhaft. Einmal konzentrierte Firmen verkaufen folglos zu Verlusten, mit dem Ergebnis, daß eine davon, die italienische Chemische Nationali Associatione, die sogenannte WCH, gegen das Ende zusammenbrach. Wir leben im Begriff, gemeinsam mit dem Montecatini-Konzern diesem Wert auf eine wirtschaftlich gesunde Basis zu heben.

Unsere bekanntesten Firmen mit der französischen und amerikanischen Farbenindustrie haben sich in den schweren Jahren behauptet. Wie wichtigen internationalen Fragen werden im engsten Einvernehmen mit den beiden bekanntesten Schülern behandelt. Dilem Zusammenwirken ist es wohl auch hauptsächlich zu verdanken, daß in jüngster Zeit die Verleghilfsvereinbarung mit weiteren ausländischen Exporten eine Steigerung der Konjunkturverhältnisse im fernöstlichen Markt erreicht wurde. Die Prozentpatronen der 30-Farbenindustrie machen mit früheren Konkurrenzern gemeinsame Sache gegen die übrigen internationalen. Geschäft ist Geschäft!

## Sollen die Ausbeuter triumphieren?

Über 100 Millionen Mark Nettogewinn machten die 36-Farben im letzten Geschäftsjahr. 12 Prozent an Dividende schüttelten sie auf Aktienbesitzer, während die Chemiker in den letzten Jahren 30 und mehr Prozent an Lohn einbüßten. Durch den 10-Prozentigen Lohnabzug sollen die Ausbeuter 330 000 Mark monatlich (!) allein an Löhnen sparen, wenn die Belegschaft nicht mehr eingeschränkt würden!

Wichtige Entlohnungen und größere Anteilhaber werden die 36-Farben in den Betrieben der internationalen Verleghilfsvereinbarung auf der letzten Verleghilfsvereinbarung (am 21. November 1931 Bitterfeld) ausführen:

- 30 Prozent der Arbeiter und 41 Prozent der Angestellten der 36-Farbenindustrie arbeiten verlustfrei. Augenblicklich sind 100 Arbeiter und 10 000 Angestellte der 36 bedienstet. Gehalt wird bis dato ...
- Die 36-Farbenindustrie (1) Die Finanzlage des Unternehmens ist ...
- Die 36-Farbenindustrie (1) Die Finanzlage des Unternehmens ist ...
- Die 36-Farbenindustrie (1) Die Finanzlage des Unternehmens ist ...

Die Kaufleute konnte durch Gründung neuer Verkaufsstellen für Stoffe und Kupferbleche, die Drönung am inneren Markt wieder herstellen. (1) Die Lage bei Stoffen und Wenzig ist "weniger günstig" auf Grund des ständigen Anstiegs der internationalen Stahlindustrie und der überaus starken Absatzkräfte der Chemiker und Angestellte, das "Weihnachtsgeld" der 36-Farben, Lohnabzug bis zum Erbrechen, ist unannehmbar! Will-Waffen und die 20-Farben haben bereits entsprechende Hilfe geleistet. Es geht um die Erfüllung der letzten Forderungen, zu der notwendigen Lage im Kampf der Chemie überhaupt, vor allem zur Herstellung von Kohlenstoff in den Betrieben der Kohlenbergbau, Metall-, Wertstoff- und Bauverleghilfsvereinbarung. Derzeitigen Betriebsräten und von den Gewerkschaftsführern Bericht über Verhandlungen. Löst sich nicht durch laute Kompromisse, sondern nur im Interesse der 36-Farben liegen, von den Schriftstellern, die die einzige Entscheidung auf dieses "Weihnachtsgeld" der Chemie-gesellschaften bedeuten.

## Schmiedet die rote Einheitsfront aller Chemiearbeiter!

## Bergarbeiter, verteidigt euren Lohn!

### Zusatz des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands

**Kameraden!**  
Der 4. Rotterordnung der Brüning-Regierung ist ein unerhörter Versuch der deutschen Kapitalisten, die Kräfte aller zusammenfassenden Systems auf Kosten der Wertigkeiten zu überwinden. Neue Willkürbestimmungen erlassen die Kapitalisten. Für die Arbeiter und Angestellten bringt die Rotterordnung durch den ungeheuerlichen generellen Abbau der Löhne und Gehälter neuen Hunger. Den Bergarbeitern wird der Lohn weit unter den Stand von 1927 gekürzt!

Die von den Reformisten heilig gepriesene "Leistung", der Sölden ihres bisherigen Streikführers, ist durch die Rotterordnung völlig beseitigt. Für den Ruhrbergbau ist bereits der 10-Prozentige Lohnabzug erfolgt. Für den obersteilischen Erzbergbau ein 9-10-prozentiger Lohnabzugsentscheidungsprinzip gefällig und für das linksrheinische Braunkohlebergbau ein 10-prozentiger Lohnabzug mit der Gewerkschaftsbürokratie vereinbart worden. Damit ist volle Klarheit geschaffen über die Höhe des Lohnabbaus an allen deutschen Bergarbeitern.

Am 1. Januar 1932 soll der Vertragspflicht für die Erwerbslosenversicherung im Steinkohlebergbau wieder eingeführt werden. Damit ist ein weiterer 34-prozentiger Lohnabzug verbunden. Darüber hinaus haben die Gewerkschaftsbürokraten in der Ruhrknappheitsvereinbarung eine Steigerung von 1 Prozent festgelegt. Um das nach Zustimmung dieses Beschlusses durch den Reichsarbeitsrat 14 Prozent Lohnabzug ab 1. Januar 1932 durchgeführt werden soll.

Durch den Lohnabzug mit Hilfe der Rotterordnung sollen den Ruhrbergarbeitern 261 Mark, den obersteilischen Rumpels 375 Mark und den mittelrheinischen Braunkohlearbeitern 468 Mark um von ihrem bisherigen längeren Einkommen jährlich genommen werden. Mit dem 10-prozentigen Lohnabzug und durch Einziehung der Reichsrenten ist das jährliche Einkommen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet gegenüber 1927 sogar um 549 Mark niedriger! Es liegt bei weitem tief unter dem Stand von 1907. Nach dem Jahrbuch des Bergbauamtsverbandes von 1907/08 betrug im Ruhrgebiet das jährliche Durchschnittseinkommen eines Bergarbeiters nach Abzug der fälligen Abgaben 1962 Mark. Jetzt wird das Durchschnittseinkommen nur noch 1248,80 Mark betragen. Gegenüber 1907 ist demnach das jährliche Einkommen eines Ruhrbergarbeiters um 319 Mark niedriger. Das gilt auch für die übrigen Verbaubezirke der obersteilischen Bergwerke. Die Reichsrenten sind für die fällige Geschäftlichkeit die Verdienste der Bergarbeiter als Einzelbesitzer! Innerhalb drei Monaten haben trotzdem diejenigen Leute und ihr Anhang die Bergarbeiterlöhne um 17 Prozent gestürzt!

Die Bergarbeiter müssen "Opfer" bringen, um den Profit der Großkapitalisten zu sichern. Dabei steht fest, daß allein im Ruhrbergbau ein Lohnabzug infolge des gestiegenen Förderanteils seit Mai 1925 um 2,20 Mark je Tonne gefallen sind. Die Rotterordnung selbst selbst nicht halt vor den Verneinern der Armpen. Grauenhafte Renten- und Unterhaltungsleistungen in der Invaliden-, Unfall- und Anwartschaftsversicherung sind differt. Neben der Zulassung des Übererzeugnisses der 36-Farbenindustrie, die den Bergarbeitern jetzt alle Invalidenrentenbesitzer auf die Anwartschaftsleistung voll angedreht.

## Das ist wohl keine Wertspionage?

Ausländische Spezialisten machen sich in den Bitterfelder Chemiebetrieben mit den Betriebsgeheimnissen vertraut — Die Prozentpatronen der 36-Farben am Branger

Über die angebliche Wertspionage der "Bitterfelder" in den Bitterfelder Chemiebetrieben wurde ein großes Geschrei gemacht. Die besten Genossen wurden verhaftet. Den Chemiegemaligen kam es darauf an, den Beschlüssen die betriebliche Führung zu nehmen. Sie haben mit ihrer Seite über die angebliche Wertspionage kein Glück gehabt und sie haben es auch nicht geschafft, den Betrieben die rote Führung zu nehmen. Reides mifglückt. Nicht den Schatten eines Beweises über Spionage wird man roten Betriebsräten und RGD-Funktionären nachweisen können.

Aber etwas anderes wird von den breiten Massen erkannt. Man hat, bei der 36-Farbenindustrie, diese treulosen Prozentpatronen, Betriebsgeheimnisse an Ausländer ohne weiteres weiterzugeben, ja, daß sie bis in die internen Produktionsangelegenheiten ausländische Spezialisten hineinziehen lassen. In den Chemiebetrieben Bitterfeld, besonders im Gieschemann, herrscht Hochkonjunktur. Das heißt, in punkto "Großvermögen". Und jetzt ist der Beschluß da, den man erwartet. Eine große ausländische Delegation, meistens Franzosen. Im Gieschemann haben sich verschiedene Herren häuslich niedergelassen. Vier Franzosen sitzen allein in der Abteilung 4, Vordach. Sie notieren den ganzen Betriebsvorgang. Vor den Leuten hat man extra Stühlen angebracht, damit sie besser notieren können. Sogar den Lichtbildapparat hat man aus der Krantionale geholt, um in alles klar und deutlich vorzuführen!

Das ist natürlich keine Wertspionage. Und wenn die Chemiegemaligen das Patent des Reichmetalls chemisch verkaufen, wie die übrigen Patente, dann ist das noch lange kein Landesverrat. Das geht keinen Staatsanwalt etwas an, was die Herren der chemischen Industrie tun. Wieder haben sich Protesten, die wegen der Auslandsdelegation

## RGD-Jugend auf dem Vormarsch

Erfolge der Zimmererjugend in Weiskirchen  
Vor einiger Zeit haben die Jugendbittensachen bei der Zimmererjugend in Weiskirchen statt. Zwei Kandidaten wurden vorgeschlagen: Ein SMZler und ein Kandidat der Opposition. Der Kandidat der Opposition wurde mit knapper Stimmenmehrheit gewählt.

Auch in Osterfeld wählten die Jungemerkshilfer einen revolutionären Jugendleiter. Die Jugendbittensachen hat das Vertrauen der Jungemerkshilfer. Die Bürokratie spürt Gift und Galle. Die Jungemerkshilfer sehen mit aller Klarheit, wie die Bürokratie die Demokratie in den Gewerkschaften mit Füßen treten hat.

Die Reichsrentenbesitzer wird sich wahrscheinlich mit Anschuldigungen antworten. Deshalb muß Reichsrentenbesitzer gleich merkt. Verg den Gewerkschaftspatren das Handwerk. Ent die wertige Jugend im Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihre Patente.

Den Oktoberfestbesuch bezeichnet die SPD- und Gewerkschaftsführer als "soziale Mißhandlung der Bergarbeiter". Als der SPD die Bergarbeiter zum Streik gegen die soziale Mißhandlung aufrief, die forderten die reformistischen und christlichen Bergarbeiterführer ihre Anhänger zum Streik auf, um an der Seite der Grundkapitalisten den Lohnabzug durchzusetzen!

Bei Verleghilfsvereinbarung der Rotterordnung mit dem Lohnabzug taten die Führer des christlichen Gewerkschafts und des Bergbau-Industriearbeiterverbandes sehr entrüstet. Unter rabulischen Schreien forderten sie in einer Eingabe an den Reichspräsident Brüning die Zurücknahme der Rotterordnung. Die Forderung auf Rücknahme dieser Rotterordnung und die radikale Entlohnung war jedoch nichts anderes als ein Manöver zur Irreführung der Bergarbeiter.

An Wirtschaftlichkeit haben Führer des Bergbau-Industriearbeiterverbandes und des Christlichen Gewerkschafts als Sachverständige wochenlang an den Zulassungsformen der Rotterordnung mitgearbeitet. Die Rotterordnung mit dem 10-15-prozentigen Lohnabzug an den Bergarbeitern ist also nicht nur das Werk der Brüning-Siegerregierung, sondern auch das Werk der sozialdemokratischen und christlichen Führer des christlichen Gewerkschafts und des Verbandes der Bergbau-Industriearbeiter als der sozialen Hauptstütze der Brüning-Regierung. Sie tragen somit die Hauptlast an dem neuen Lohnabzug. Das beweist auch die Tatsache, daß sie jetzt, nachdem der Schlichter den 10-prozentigen Lohnabzug ermäßigend differt hat, erklären, sich diesem Differt nicht zu widersetzen, weil der Lohnabzug unumvermeidbar sei.

Die 4. Rotterordnung, das ist das Ergebnis der Lotterierauswertung der SPD-Führer und der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie. Ihre Politik des "schönen Arbeiters" ist die Brutalität und Begierde des offenen Feldzugs. Streikverbot durch Rotterordnung und die Zulassungsbestimmungen des sozialdemokratischen Ministers Seewitz über die Verleghilfsvereinbarung sollen das Auktionen- und Streikrecht den Arbeitern rauben!

## Kameraden, was ist jetzt zu tun?

Die Schaffung der breiten Einheitsfront in den Betrieben zur Verteidigung des Lohnes und Abwehr des Schlichterdifferts ist das dringende Gebot. Schafft in jedem Betrieb die betrieblichen Führungen, in jedem Betrieb betriebliche Einheitsfronten. Macht alle Kräfte sammeln! Man kann sich nicht zwingen, unter verletzlichen Bedingungen zu arbeiten. Bei Verleghilfsvereinbarung der Gebirge in den Streben und Kämpfen ist der Lohnabzug durch einseitiges Handeln aller Kameraden abzuwenden. In allen Gewerkschaften, in den Verleghilfsvereinen nimmt dazu Stellung. Kameraden in den reformistischen und christlichen Verbänden, führt die Opposition und schafft das Kampfbündnis mit den SPD- und unorganisierten Kameraden zum Kampf um Lohn und Brot.

Bergarbeiter, schart euch um den Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands und um die RGD. Kämpft mit uns gegen Lohnabzug und Verleghilfsvereinbarung der Sozialverleghilfsvereinbarung. Kämpft für die Sicherstellung eurer Lebensgenossen und für eine bessere Lebenshaltung eurer Familie.

## Das letzte Mal Weihnachtsgeldierung auf Michel-Betta

Die Wertleistung der Grube Michel-Betta (Geiseltal) hat am letzten Sonntag einigen Kindern der Grubenarbeiter "Weihnachtsgeld" gegeben. Die Gelder waren dürftiger als in früheren Jahren und die Felleide wurde auch etwas früher aufgenommen. Freilich gab es einige Kollegen, die auch noch Reichhaltigkeit hatten. Ein Vertreter der Wertleistung meinte es wäre wohl "das letzte Mal", daß man belohnen könne. Die wirtschaftliche Lage liegt schlecht.

Auf dem Nachhausewege kam es wiederholt zu Diskussionen. "Die Gelder haben sie uns doch aus unseren Knochen herausgeschunden", und "wenn sie keine Weihnachtsgelder machen, ist es auch noch so", das waren die Behauptungen, die mehrfach fielen.

Natürlich Rumpels, pfeift auf die Weihnachtsgeldierung auf der Michel-Betta. In Weiskirchen hat ihr doch mit eurem Gehalt und eurer Gesundheit den Grubenarbeitern Kleingeldigkeit auf den Tisch gelegt.

## Rechtsauskunft des "Klassenkampf"

befindet sich ab 1. Dezember wieder in der Larchenfeldstraße 14. Die Sprechstunden sind wie bisher von Montag bis Freitag, nachmittags 5-7 Uhr, und Sonnabend vormittags 9-12 Uhr. Schriftliche Anfragen ist stets Rückporto auszugeben und eine Gebühr von 20 Pf. Für die Auffertigung von Klagen, Einsprüchen, Berufen, usw. sind außer dem Rückporto 50 Pf. beizufügen. Schriftliche Anfragen ohne Rückporto werden nicht beantwortet.











# Klassenkampf



# AUS DER MITTELDEUTSCHLAND

## Monat des proletarischen Buches Das Buch für den Arbeiter

Gladfem: Neue Erde (Verlag für Literatur und Politik), geb. 3.75 M., brosch. 2.85 M.  
 Gladfem: Zement (Verlag für Literatur und Politik), geb. 4.50 M., brosch. 3.50 M.  
 Scholichow: Der Hille Don, Bd. 1 und 2 (Verlag für Literatur und Politik), je Band geb. 4.80, brosch. 3.50 M.  
 Gernand: Genosse Kautzker (ZAB), geb. 4.50 M., brosch. 3.15 M.  
 Dibrach: Anna (ZAB), geb. 4.50 M., brosch. 3.15 M.  
 Kenn: Nachtrag (Zigis-Verlag), geb. 4.50 M., brosch. 3.15 M.  
 K. K. K.: Kämpfende Jugend (ZAB), brosch. 1.— M.  
 Scharrer: Der große Betrieb (Zigis-Verlag), geb. 3.75 M., brosch. 2.85 M.  
 K. K. K.: Die dritte Gleichmütigkeit (Zigis-Verlag), geb. 3.75 M., brosch. 2.85 M.  
 Ehrhard: Straße ohne Ende (Zigis-Verlag), geb. 3.75 M., brosch. 2.85 M.

Alle Bücher sind zu beziehen durch die Volksbuchhandlung GmbH, Halle, Leichenstraße 14.  
 Die Bücher sind auch auf Teilsendung zu haben.  
 Ferner weisen wir auf die Bücherabgabe zum Weihnachtsmarkt hin. Dort kann man außer den proletarischen Büchern noch verschiedene von tüchtigen Spielzeug- und Bilderbüchern zu bedeutend herabgesetzten Preisen kaufen.

Die Bücherabgabe befindet sich am Roten Turm.  
 Defi euren Bedarf an Büchern nur in der Volksbuchhandlung oder in der Bücherabgabe am Markt.

## Merieburg

Defi euren Bedarf an Büchern nur in der Bücherabgabe am Markt.

## Um die Winterhilfe in Ummendorf

Die Frau eines Arbeiters schreibt uns: Mein Mann ist bereits lange Zeit ausgefallen und bekommt eine Wohlfahrtsunterstützung von 19,15 Mark monatlich. Davon wird das Geld für die Heile abgezogen, so daß uns nur 13,35 Mark für die lebenslange Familie bleibt. Unsere Hauptnahrung besteht aus Brot, billiger Margarine und Kartoffeln. Brot und Fleisch ist für uns sehr selten. Ich bin unendlich glücklich, wenn ich ein wenig Fleisch bekommen kann. In der Schule. An den Winterferien von Kindern können wir nicht helfen. So, es ist nicht einmal zum Besuchen der Schule. In der Schule. Einmal vor Weihnachten leidet eine Schülerin. Fräulein Pfefferkorn, unter den Kindern eine Sammlung ein zum Kauf von Heilmitteln und dergleichen. Jedes Kind sollte etwas beitragen. So ist das mehr Geld für die Winterhilfe aus. Es wird bei den Vermittlern der Armen sammelt, damit dieselben Armen dann „bekommt“ werden können. Es ist eine Schande, daß verlassene SPD-Frauen sich als Helferinnen in den Dienst dieser Winterhilfe gestellt haben. Auch mir Frauen wollen nicht helfen, sondern kämpfen. Denn nur wird es uns einmal vergönnt sein, den Festtag unseres Sieges zu feiern und der Roten Arbeiter ein Ende bereiten.

## Kleinwerkbetreibende werden proletarisiert

Bei einem Geschäftsgang komme ich mit einem Ummendorfer Kleinwerkbetreibenden ins Gespräch über die Winterhilfe. Ganz gewiß bringt uns ihm die ungeheure Arbeit, welche in diesen Stunden voranden ist. 20 Jahre lang hat er seinen Gewerbe betrieben und ist mit ihm verfahren. Seit mehr als 10 Jahren, daß er am 2. d. H. Er muß eine monatliche Rente von 200 Mark zahlen. Seit ist er mit seiner Rente vier Monate im Rückstand. Fleißig und ehrlich hat er geschaffen und er erklärt mir, daß er am 1. Januar die Wohnung und den Laden verlassen wird. Was dann wird? Nun, es bleibt ihm weiter nichts übrig als empfangen zu gehen.

## Go geht es vorwärts, zur roten Front!

Glanzende Beispiele aus der Werberbeit für Partei und Presse

### SPD-Arbeiter stehen zur Partei Lenins

Ortsgruppe Köstlichau. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1928 hatte die Kommunistische Partei ganze 11 Stimmen erhalten. Bei den letzten Reichstagswahlen erhielt die SPD 72 Stimmen. Eine Ortsgruppe bestehend aus 16 Mitgliedern, die fast reiflos aus der SPD zu uns kamen, wurde gegründet.

Jetzt hat die Ortsgruppe in wenigen Tagen 26 neue Mitglieder gewonnen, die reiflos der SPD angehören.

Die Ortsgruppe der SPD ist von 74 Mitgliedern auf 82 zurückgegangen. Wir begrüßen diese neuen Kämpfer für den Befreiungskampf. Die anderen Ortsgruppen sollen sich an Köstlichau ein Beispiel nehmen und für ähnliche Erfolge sorgen. Die vielen Hunderte von Arbeitern, die in der letzten Zeit aus der SPD ausgetreten sind, dürfen nicht indifferent bleiben. Sie müssen in die SPD überführt werden. Mögen dem Beispiel unserer Köstlichauer Genossen. Sorgt für Massenüberführung von SPD-Arbeitern in unsere Partei.

### Die kommunistische Presse in jede Arbeiterwohnung

Springen. Nachdem vor kurzem von einigen Genossen 10 neue Mitglieder für die Partei gewonnen wurden, sind am Sonntag 6 „Mitteldeutsche Echo“-Leser, 7 Leser der „AZ“, 6 Leser für den „Weg der Frau“ gewonnen, außerdem wurden 11 „Klassenkampf“ und einige Broschüren verkauft. Der Genosse K. verlor im Innerhalb von zwei Stunden 20 „Internationale“ und 31 „Rote Wäppler“.

Genossen, nicht auf den Erfolgen ausruhen, sondern weiter vorstößen. In jeden Arbeiterhaushalt gehört die kommunistische Presse.

### Im Wettbewerbs für die Stärkung der Partei

Wachsen. Zwischen drei Zellen wurde ein Wettbewerbs zur Durchführung der Werberbeit abgeschlossen. Die Arbeit hat erfolgreich begonnen. Seit dem 12. Dezember sind 11 Leser für das „Mitteldeutsche Echo“, 4 Abonnenten für den „Klassenkampf“, 7 Parteimitglieder und 2 Mitglieder für den KZD gewonnen.

Die Genossen schreiben: „Sonder sofort Aufnahmehefte zu. Die Arbeit wird verstärkt fortgesetzt und wird weitere Erfolge bringen.“

Hohenleipitz. Wir haben 50 „Klassenkampf“, 7 Parteimitglieder und 2 „Echo“-Leser gewonnen. Außerdem gelang es uns in der Agitation.

## Jeder 3. Einwohner Unterstützungsempfänger!

### Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskatastrophe — Leopoldshall kündigt Zahlungseinstellung an

W. P. Leopoldshall. Der vom Magistrat ausgearbeitete Rechenschaftsbericht über die letzten drei Jahre rollt ein Bild grauenvollen sozialen Elends auf. Durch die Übernahme der Anhaltischen Salzwerte durch die Freubau hat die Zahl der Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten ständig zugenommen und auch viele andere Werke, denen als Hauptnahrung die Anhaltischen Salzwerte fehlten, mußten stillgelegt werden. Dem Wohlfahrtsamt werden jetzt 362 Hauptunterstützungsempfänger mit ihren Familienangehörigen hauptsächlich und das Arbeitsamt zählt 288 Hauptunterstützungsempfänger mit Familienangehörigen. Bald werden aber von vielen Arbeitslosen viele angestrichelt sein, die dann aus dem Wohlfahrtsamt zur Welt fallen.

Es läßt sich leicht ausrechnen, daß von den 7014 Einwohnern Leopoldshalls bereits jeder Dritte Unterstützungsempfänger erhält.

Die vorläufig für das Jahr 1931 für die Wohlfahrtspflege aufgewandten Gelder haben bereits eine Höhe von 453.313 Mark erreicht, gegen 11.193 Mark in der Vorjahreszeit. Argenteine Entschädigung der Stadt Leopoldshall im Falle der Salzwerke ist bisher nicht erfolgt. Aus einer in der letzten Gemeinderatsitzung abgegebenen Erklärung des Bürgermeisters geht hervor, daß als Folge

tion für 25 Mark Broschüren und Zeitungen umzugehen. Dieser Betrag ist bereits abgedruckt. Die Werberbeit sei mehr.

### Borbildliche Arbeit im Literaturvertrieb

Leuders. Bei der Werberbeit am letzten Sonntag wurden 5 „Kommunistische Partei“ und 2 „Bereiberbeit“ erworben. Außerdem konnten wir 3 Bestellungen auf den „Klassenkampf“ und eine für das „Mitteldeutsche Echo“ gewinnen.

Zwei Genossen haben wieder ein Beispiel gegeben, wie wirliche Parteiarbeit geleistet wird. Der Genosse B. hat verkauft: 70 „Klassenkampf“, 1 „Bereiberbeit“, 20 „AZ“, 28 „Internationale“, 3 „Internationale“, 10 „Magazin für alle“. Im Anschluß hieran hat er den „Klassenkampf“ ausgetragen.

Ein anderer Genosse, G., noch nicht allzu lang in der Partei, verkaufte an einem Tage: 65 „Bereiberbeit“, 3 „Romane“, 10 „Einheitsfront“, 12 „Neumann-Broschüren“, 30 „Rote Wäppler“.

Bücher alle Parteimitglieder mit dem gleichen Eifer an die Arbeit gehen, hätten wir schon auf der ganzen Front größere Erfolge erzielen können. Mittel ist die Säumnigen und Gleichgültigen nach.

### Volle Beitragsabrechnung sichert Werberfolg

Ein glänzendes Beispiel, wie der Mitgliedererhaltung Einhalt zu bieten ist, liefert der Stadteil Halle-Süd-West. Durch eine mögliche und reiflose Erfüllung aller Mitgliedsbeiträge, nur der Stadteil Halle-Süd-West, reiflos und 100prozentig für die gesamte Mitgliedschaft an die Bezirksleitung ausgetragen.

Ebenfalls ist im Stadteil Gärten und Dölen eine Steigerung der umgehenden Beitragsarten festzustellen. Nach diesem Beispiel heißt es überall: Händig jeden Monat die Abrechnungsscheine bringen bei voller Erfüllung aller Mitgliedsbeiträge. Das sichert Aufstieg und Werberfolg!

Die obigen Beispiele aus der Werberbeit im Bezirk müssen aneinander wirken. Es geht und muß überall vorwärtsgehen, wenn die Parteimitglieder als wirliche Kommunisten mit Eifer und Begeisterung an die Arbeit gehen. Viele Tausende von Kämpfern gewonnen können und müssen für die Partei Lenins gewonnen werden. In jeder Stadt, in jedem Ort, im Betrieb, auf der Stamptische, in jedem Arbeiterhaushalt gilt es die Propaganda für Partei und Presse durchzuführen. Heran an die Wäppler, das muß unsere Antwort auf die Bürgerkriegspolitik der Brüning-Regierung sein.

### Klostermansfeld. Zwei Verlechte bei einem Massenstreik

Klostermansfeld. Zwei Verlechte bei einem Massenstreik am Montag vormittag trafen auf der Straße bei Heitra zwei Werkskolonnen zusammen. Durch den Anlauf wurde die kleinere Kolonne aus dem Gleisen geworfen. Der Lokomotivführer selbst aus Klostermansfeld erlitt schwere Verletzungen, während der Fahrer mit leichten Verletzungen davonkam. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Die Hauptschuld trägt die verärfte Antreiber.

## DER ROTE KONSUM

### „Die Zeitung in der Zeitung“

4. Dezember-Woche Nr. 7

Vor kurzem konnte in der Presse berichtet werden, daß der Senat für die Zeitung eine Broschüre — nicht geliebte (dazu die geliebte Befähigung nicht), aber wenigstens veranlaßt geliebte hat. In der „Arbeiterzeitung“ der Beweis zu sein, daß die SPD den Zusammenbruch des KZB nicht verhindern habe. Der Inhalt des genannten Brochures ist die bei den Regierten übliche Begrüßung der revolutionären Massenbewegung und die ihmmerige Andeutung der den Hamburger Volkskämpfern, die nach Ansicht der Arbeiter und leiner wurde die einzigen wahren „Führer“ der Genossenschaftsbewegung sein können. An der Spitze dieser Spießbürger steht aber eben anders aus. Sie haben nichts von den Auswirkungen der Wirtschaftskatastrophe, von denen auch die Genossenschaft betroffen werden, ihr ganzes Maß gilt der Führer der Arbeiterklasse, der kommunistischen Partei. Sie wollen erneut Bewegung, Zerschlagung, Zweifel und Wäppler in die Arbeiterbewegung einbringen, um den Aufbau der neuen Arbeiter-Kommunisten im Gebiet des ehemaligen KZB zu verhindern und zu unterbinden.

Zunächst beweisen, daß diese Verlechte festhalten werden. Aufbau der Konsumvereine schreibt vorwärts, 10 genossenschaftliche Warenvereinstellen sind in Halle und in verschiedenen Landorten schon seit Wochen wieder im Gange. Die Mitglieder der im dauernden Steigen begriffen. Immer neue, neue Funktionäre stellen sich zur Verfügung, um die Arbeit der Genossenschaftlichen Genossenschaftsgruppen in den Massenfunktionären und zu vermitteln. Unter Bewegung aller Lehren und Erfahrungen aus den 18 Monate langen Ringen um die Erhaltung des KZB und unter Beid-

fähigkeit der Verlechte der Genossen, die auch vor neuen Gemeinbeiten nicht zurückfahren werden, wird es gelingen, diese neuen genossenschaftlichen Organisationen auf einer gesicherten wirtschaftlichen Basis aufzubauen.

Gleichzeitig ist die sozialistische Genossenschaftsbürokratie gezwungen, den Schamrock ihrer Politik anzulegen. Am 5. Dezember berichtet die „Kommunistische Rundschau“ über die Geschäftsergebnisse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im dritten Vierteljahr 1931. Was wird darin festgestellt?

Nach diesem Bericht ist der Umsatz in den Konsumvereinen in den ersten 9 Monaten 1931 um 98 Millionen Mark oder um 11,4 Prozent gegen den ersten Viertel unter der 1930 mehr angegangen. Ein Rückgang von 13,7 Prozent festgestellt werden. Ausdrücklich wird dazu erklärt:

„Die ausfallende Ursache der Konsumgenossenschaftlichen Umsatzrückgang ist vielmehr die harte Schmähung der Verbraucherkraft.“

Gleichzeitig muß die Genossenschaftsbürokratie zugeben, daß der Sparplan der Konsumvereine im dritten Vierteljahr 1931 um 45,4 Millionen Mark gesunken ist.

Die Verbraucher-schulden haben sich aber von 44,7 Millionen Mark am 30. Juni auf 60,4 Millionen Mark erhöht. Die Bankschulden der Konsumvereine bei der GEG sind um 25 Millionen Mark auf 124,4 Millionen Mark zurückgegangen.

So machen sich die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskatastrophe auch in den Konsumvereinen bemerkbar. Die sozialistische Bürokratie bekommt die Folgen der Politik zu spüren, die sie immer und in jeder Beziehung unterstößt und gefördert hat. Hunderte von sozialdemokratisch geleiteten Vereinen stehen, die die Bürokratie offen zugeben muß vor dem Zusammenbruch. Verweigert lachen sie nach einem Ausweg.

Am 12. Dezember veröffentlicht die „Kommunistische Rundschau“ einen weiteren Bericht unter der Überschrift: „In Strudel der Krise“. Nach einer längeren Betrachtung über die Lage der Konsumvereine heißt es dort:

Doch mit dem Sparen allein ist es oftmals nicht getan. Der Umfang der Betriebe ist endlich dem einschümpften Umkehr anpassen. Das Gebot der Not fordert den Abbau und die Einschränkung auf allen Gebieten. Mehr als jede andere Maßnahme gilt heute das eiserne Gesetz der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Die letzten Verhältnisse erfordern eine unblutige Teilung und Härte. Keinen die verantwortlichen Männer und Körperlichkeiten in den wirtschaftlich geschwächten Konsumgenossenschaften die erforderliche Einschränkung und den Mut vor Tat nicht auf. Lo wird die deutsche Verbraucherbewegung den Sturm der Krise nicht ohne Einbuße überleben.“

Wie geplant werden soll, zeigt der weitere Inhalt: Lohn- und Gehaltsabbau, Härte der Arbeiter und Angestellten, Massenentlassungen, härtere Nationalisierung usw. Dem Abbau und der Dämpfung ausprobiert, daß es doch wieder einmal besser werden muß. Mit kapitalistischen Methoden glauben die Sozialisten die genossenschaftlichen Organisationen retten zu können.

Wie diese Taten beweisen, daß die Konsumvereine mehr sein müssen als Verbandsinstitutionen. Nur nach den Forderungen der revolutionären Genossenschaftsbewegung, durch Aufgabe der verlogenen Neutralitätspolitik, durch Unterbindung der Kämpfe der Arbeiterklasse, in offener Kampfstellung gegen die immer neuen Massenentlassungen gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Brüning-Regierung werden die Millionen Mitglieder der Konsumvereine gemittelt, ihre Organisationen gegen alle Angriffe zu verteidigen. Diese Organisationen in den Konsumvereinen zu verteidigen, ist Aufgabe aller hochbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Aufbau der Arbeiterkonsumvereine im Gebiet des ehemaligen KZB wird am nächsten das beitragen, die Verlechte des Sozialfaschismus auf dem Genossenschaftsgebiet zu demütigen. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin kann und muß durch Erneuerung der Wirtschaftskatastrophe und der reiflosen Zerschlagung des Warenbedarfs dabei mithelfen. Keiner darf sich selbst über Mühen und Entschlossenheit muß auch im Aufbau der Arbeiterkonsumvereine zum Ziele führen.

